



# Vor Ort

19. Jahrgang, Juli/August 2010



Eng  
Tief  
Schräg

Heringsdorf an der Spree 04  
Oderberger wird Baugrube 08  
Spielerei mit Straßennamen 16

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe im Fall ihrer Veröffentlichung zu kürzen.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die mit dem Namen des Autors gekennzeichneten Beiträge geben nicht immer die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

## Energieberatung Prenzlauer Berg

Schönhauser Allee 63; ☎ 44 04 25 68  
www.energieberatung-pb.de  
Email: info@energieberatung-pb.de

## Kieztreff Gleimviertel

Kopenhagener Straße 50,  
Dienstag und Mittwoch 15 bis 20 Uhr,  
Samstag 10 bis 15 Uhr, ☎ 44 12 459,  
Email: kieztreff@gleimviertel.de

## BSR-Recyclinghof

Prenzlauer Berg: Behmstraße 74  
Heinersdorf: Asgardstraße 3  
Montag bis Freitag 9 bis 19 Uhr;  
Samstag 7 bis 14.30 Uhr

## »Vor Ort« im Internet

www.mieterberatungpb.de

## Betreiber für Platzhaus gesucht

Für das geplante Platzhaus auf der erweiterten Grün- und Spielfläche des Hirschhofs auf dem Grundstück Oderberger Straße 19 im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz sucht das Bezirksamt Pankow in einem Interessenbekundungsverfahren einen Betreiber. Die Grünfläche wird bis Ende 2011 mit Mitteln der Städtebauförderung hergestellt. Das teilweise unterkellerte Gebäude mit einer Grundfläche von 175 m<sup>2</sup>, das als

Nachbarschafts- und Kieztreff etabliert werden soll, wird im Rahmen der Baumaßnahme instandgesetzt und mit Medien erschlossen. Von Bewerbern werden Grundaussagen zur Nutzung des Objekts sowie ein Betreiberkonzept gefordert. Es wird erwartet, dass der Nutzer als Gegenleistung für die Überlassung des Platzhauses Pflegeleistungen für die Grünfläche übernimmt und alle Betriebskosten selbst trägt. Eine gastronomische sowie rein gewerbliche bzw. kommerzielle Nutzung ist ausgeschlossen. Bewerbungen sind schriftlich mit dem Betreff »Angebot Platzhaus Hirschhof. Nicht vor Eröffnungstermin öffnen!« bis zum 30. September 2010 an die S.T.E.R.N. GmbH, Schwedter Straße 263, 10119 Berlin zu senden. Bewerbungsunterlagen gibt es vom 10. August bis 5. September bei Christoph Speckmann, S.T.E.R.N., ☎ 44 36 36 30 sowie im Internet ([www.berlin.de/pankow](http://www.berlin.de/pankow)).

## Berliner Riesling macht Furore

Es ist elf Jahre her, seit das Bezirksamt eine Brachfläche am Volkspark Prenzlauer Berg mit 400 Rebstöcken der Sorte Riesling bepflanzt. Der Förderverein »Weingarten Berlin« e.V. übernahm 2003 die Pflege dieser Anlage. Seither wächst dort ein Wein, der als Berliner Riesling zunehmend Furore macht. Wurde das Experiment anfangs auch schon mal mit Stachelbeeren verwechselt oder als Spinnerei abgetan, zählt der Berliner Riesling heute zu den vielen Besonderheiten, die die Hauptstadt zu bieten hat.

Der erste Wein vom Volkspark wurde 2003 im Weingut Schloss Proschwitz des Prinzen zur Lippe gekeltert. 200 Flaschen waren die bescheidene Ausbeute, und die stolzen Hobbywinzer hätten ihren ersten Wein am liebsten in einem Tresor eingeschlossen. Mittlerweile liegt das Ertragspotenzial bei jährlich 1.300 Flaschen, und bei Veranstaltungen im Weingarten wird auch eine Kostprobe herausgerückt.

Besucher wie Weinexperten attestieren den Hobbywinzern immer wieder: der Berliner braucht den Vergleich mit anderen Weinen nicht zu scheuen. So konnten sich Mitglieder des Weinfreundeskreises Hochheim an dem Riesling so begeistern, dass es spontan zu einer Schenkung von 30 Hochheimer Rebstöcken der Sorte Geisenheimer Klon kam. Hochheimer Wein hat eine



© Förderverein Weingarten e.V.

Rebstöcke am Volkspark Prenzlauer Berg.

1.200jährige Geschichte und galt am britischen Hof als Synonym für Rheinwein. Dort hieß es: »A good Hock keeps off the doc«. – »Ein guter Hochheimer hält den Arzt fern«. Seit vier Jahren besteht eine kreative Verbindung zwischen dem Förderverein und der LOWTEC gGmbH. Gemeinsam ist es gelungen, einen Weinschaugarten als Stadtoase entstehen zu lassen. Zum »Tag der Stadtnatur« am 20. Juni waren es 90 Besucher, die sich bei Sonnenschein und einem Gläschen Wein davon überzeugen konnten. Noch in diesem Jahr entsteht auch ein Sortengarten mit Informationstafeln. Zehn verschiedene weiße Rebsorten sind bereits gesetzt. Die Auswahl umfasst alte Sorten, die zur Berliner Weingeschichte passen, wie auch Neuzüchtungen, die Berlin und Brandenburg durch die Klimaveränderung wieder erobern könnten. In Vorbereitung ist ein geführter Stadtspaziergang »Auf den Spuren der Berliner Wein- und Mühlenberge«.

Dr. Frank Pietsch, Vorsitzender Förderverein »Weingarten Berlin« e.V.

# Protz statt Paradies

Grüne Wohnanlage am Kolle soll zugebaut werden  
Von H. Seefeld

Das Misstrauen sitzt tief. »Der Mann, der sich bei mir als Rainer Bahr vorgestellt hat, sah überhaupt nicht so aus wie jener auf dem Foto in der Zeitung, als sie den Nobelbau KolleBelle zeigten«, entrüstet sich die ältere Dame, »wer weiß, wer das wirklich war«. Und sie ergänzt resolut: »Ich lasse niemanden mehr in meine Wohnung«. Die betagte Mieterin wohnt in unmittelbarer Nachbarschaft des KolleBelle in einem jener drei Wohnblöcke zwischen Metzger Straße, Straßburger Straße und Belforter Straße, die mit ihrer für Prenzlauer Berger Verhältnisse geringen Grundstücksausnutzung jedem betriebswirtschaftlich geschulten Immobilienentwickler angesichts solcher »Verschwendung« wohl schon so manche Träne in die Augen getrieben haben. Das ging vermutlich auch Rainer Bahr nicht anders, jenem Projektentwickler, der mit seiner Firma »econcept« in den vergangenen drei Jahren mit der Prestigewohnanlage KolleBelle ein neues Musterbeispiel für maximalen Beton auf minimaler Fläche lieferte. Und er hat nun tatsächlich auch das nachbarschaftliche Areal ins Visier genommen. Im Frühjahr dieses Jahres schloss er einen Kaufvertrag mit den Eigentümern der Wohnanlage ab, zwei Münchener Aristokraten, die ihrerseits die 110 Wohnungen vor sechs Jahren nach der Insolvenz der Wohnungsbaugenossenschaft Mendelssohn-Viertel e.G. erwarben. Seitdem wurde vor allem in das äußere Erscheinungsbild investiert, aber auch ein hoher Vermietungsstand gehalten. »Es stehen nur zwei Wohnungen frei«, erklärte Mitte Juni ein Anwohner, der, wie viele seiner Nachbarn, seit der Fertigstellung der Gebäude 1961 hier wohnt. Nicht nur die im Vergleich zum Umfeld moderaten Mietpreise, auch die großen



©Hartmut Seefeld

Großzügiges Wohnumfeld oder großzügige Rendite – dieses Ensemble südlich vom Kollwitzplatz steht am Scheidepunkt.

Grünflächen zwischen den Häusern machen das Wohnen dort angenehm.

Aber das soll sich ja nun ändern. Käufer Bahr jedenfalls hat große Pläne, die er am 9. Juni auch den Mietern mitteilte, nachdem Probebohrungen auf dem Gelände bereits Ende April für Unruhe sorgten und Gerüchte durch den Kiez waberten. Dem Schreiben zufolge will er die Dachgeschosse der bestehenden Häuser ausbauen und Aufzüge anbauen. In einer nur vier Meter breiten Lücke zum KolleBelle hin soll ein riegelähnlicher Neubau entstehen und entlang der Straßburger Straße ein Wohnblock mit sieben Etagen hochgezogen werden. Dafür müssten bei zwei Bestandsgebäuden 20 Wohnungen abgerissen werden. Auch eine Tiefgarage soll entstehen. Als möglichen Baubeginn nennt Bahr den Sommer 2011.

## Politischer Widerstand

Das allerdings dürfte sich als Wunschdenken entpuppen. Bereits am 15. Juni, kurz zuvor hatte der potenzielle Investor eine Bauvoranfrage beim Amt gestellt, fasste das Bezirksamt Pankow einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan (3-32), der in seinen Intentionen zumindest teilweise den Vorstellungen von »econcept« widerspricht. »Das Verfahren ermöglicht eine umfangreiche

Bürgerbeteiligung und schafft Planungssicherheit«, sagt der Stadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken. Man habe schon seit Monaten daran gearbeitet, denn das Veränderungspotenzial auf diesem Grundstück in dieser Lage war offensichtlich. Es kann nun bis zu zwei Jahre dauern, bis der B-Plan Gültigkeit erlangt. Bis dahin kann und will das Amt die Beantwortung der Bauvoranfrage zurückstellen. Für Bahr, der ausdrücklich betont, zwar einen Kaufvertrag unterzeichnet zu haben, aber eben noch nicht Eigentümer sei, eine schwierige Situation. Ein schwebendes Verfahren ist das genaue Gegenteil von Baurecht. Und seine Pläne stoßen zunehmend auch auf politischen Widerstand. Die SPD in der BVV möchte mit einer Umstrukturierungssatzung einen Schutzschirm für die Mieter spannen, die Grünen wollen im Rahmen des B-Planverfahrens den Bau der Tiefgarage, eines wichtigen Standbeins des Projekts, generell untersagen, und der Pankower Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich (Die Linke) versichert den Mietern in einem Brief seine öffentliche Unterstützung.

Bahr will nach der Sommerpause das Einzelgespräch mit den über hundert Mietern suchen. Doch vermutlich wird er bei nicht nur einer Mietpartei große Probleme haben, überhaupt eingelassen zu werden.

# »Heringsdorf« an der Spree

Dr. Michail Nelken: »Angesichts der geplanten massiven Bebauung am Mauerpark ist ein Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan Berlin zwingend erforderlich«.

Das Bezirksamt Mitte hat im Mai den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst mit dem Ziel, nördlich vom Gleimtunnel Baurecht für ein neues Wohngebiet mit mindestens 300 Wohnungen zu schaffen. Mittes Stadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, bevorzugt eine Erschließung dieses Quartiers von der Gleimstraße aus, eine Variante, die einen Teilabriss des denkmalgeschützten Gleimtunnels unumgänglich macht. Wie sind die Pankower Positionen?

Das Bezirksamt wie auch die BVV Pankow haben sich klar gegen den Abriss des Gleimtunnels ausgesprochen. Das Denkmal, es gehört der Deutschen Bahn AG und besteht aus zahlreichen Einzelbrücken, auf denen die Gleise des früheren Nordbahnhofs über die Gleimstraße geführt wurden, steht sowohl in Prenzlauer



Zur Person

Dr. Michail Nelken (58), (Die Linke), Stadtrat für Stadtentwicklung, Kultur und Wirtschaft; geboren in Berlin, Elektrosignalschlosser, 1970 bis 1974 Philosophiestudium an der Humboldt-Universität, Abschluss als Diplomphilosoph; 1974 bis 1979 FDJ-Sekretär im Datenverarbeitungszentrum Berlin; 1980 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Akademie der Wissenschaften, 1987 Promotion zum Dr. phil.; 1995 bis 2006 Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, 2003 bis 2006 bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion.

Berg als auch in Wedding. Der vorgeschlagene Teilabriss ist, mit Verlaub, insofern Unsinn, da es keinen Teilabriss von Denkmälern gibt. Verschwindet ein Teil der Brücken, ist das ganze Denkmal zunichte gemacht. Strikt abgelehnt wird von uns auch eine Erschließung des geplanten Neubaugebiets von Prenzlauer Berg aus. Die Idee, dafür eine Fahrbahn in Verlängerung der Kopenhagener Straße zwischen Moritzhof und Spielplatz zu bauen, findet genauso wenig unsere Zustimmung wie der Vorschlag, diese neue zweispurige Straße entlang der Gleise des Nordkreuzes bei Abriss des Kletterfelsens anzulegen. Außerdem hat das Bezirksamt die nördliche Schwedter Straße als Fahrradstraße ausgewiesen, in der eine Zunahme des Autoverkehrs ausdrücklich unerwünscht ist. Es gibt mindestens drei Möglichkeiten, das Gebiet von Weddingener Seite aus zu erschließen, ohne den Gleimtunnel abzureißen und ohne den Verkehr mitten durch den Mauerpark am Kinderbauernhof zu führen. Detailfragen dazu sollten in einem Verkehrsgutachten geklärt werden.

Sollte die von Stadtrat Gothe präjudizierte Lösung eines Tunnelabrisses in Mitte trotzdem weiter verfolgt werden, welche Möglichkeiten hat Pankow, seine Beschlüsse durchzusetzen?

Im Vorfeld eines solchen Rückbaus muss ein Verfahren eingeleitet werden, an dem Pankow als unmittelbar Betroffener zwangsläufig beteiligt wird. Ich kann jetzt schon sagen, dass die Untere Denkmalschutzbehörde des Bezirks Pankow in diesem Verfahren eine gut begründete abschlägige Stellungnahme einbringen wird. Rückenwind können die Abrissgegner auch vom Denkmalrat erwarten, einem Beirat, der die Berliner Landesregierung in Denkmalfragen berät. Er befasste sich Anfang Juni mit

dem Thema und signalisierte, dem Abrissbegehren von Mitte nicht folgen zu wollen. Auch der Leiter des Landesdenkmalamts, Jörg Haspel, hat sich bereits für den Erhalt des Gleimtunnels ausgesprochen.

Das geplante Wohngebiet ist Teil eines Deals des Bezirks Mitte mit dem privaten Grundstückseigentümer Vivico, der für die Umwandlung in Bauland im Gegenzug fast sechs Hektar derzeit noch gewerblich genutzte Fläche südlich des Gleimtunnels zur Erweiterung des Mauerparks zur Verfügung stellen würde. Ist ein solches Kompensationsgeschäft ohne Änderung des Berliner Flächennutzungsplans, der das Areal als zukünftige Grünfläche ausweist, möglich?

Zu diesem für Berlin schlechten Deal gehören außerdem Baurechte an der Bernauer Straße im Umfang von ca. 26.000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche und die Schenkung eines wertvollen öffentlichen Grundstücks an die Vivico GmbH, auf dem sich derzeit ein Spielplatz befindet und wo dann ein siebengeschossiges Gebäude entstehen soll. Meiner Meinung nach ist angesichts dieser geplanten massiven Bebauung ein Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan zwingend erforderlich. Das Abgeordnetenhaus müsste dann in diesem Verfahren feststellen, dass es seine erst 2009 bestätigte Zielplanung »Grün« auf diesen Flächen abändern will. 2003/04 ist ein solches Verfahren auf Grund massiver Kritik schon einmal gescheitert.

Nicht nur am Mauerpark soll eine Grünfläche dem Wohnungsbau weichen, auch an der Heinrich-Roller-Straße in Prenzlauer Berg plant der »Evangelische Friedhofsverband Berlin Stadtmitte«, einen Teil der Friedhofsfläche für Wohnbauzwecke zu verkaufen. Werden sich dort bald die Baukräne drehen?

Der Bezirk Pankow ist sehr daran interessiert, dass auch jene Flächen, welche die Kirchengemeinden nicht mehr für Bestattungen benötigen, weiterhin als Grünfläche erhalten bleiben. Wir haben das vor zwei Jahren mit dem Aufstellungsbeschluss für einen entsprechenden B-Plan für eine 6.600 m<sup>2</sup> große Teilfläche an der Heinrich-Roller-Straße nachdrücklich untermauert. Der Friedhofsverband hat daraufhin

von seinem Ansinnen, diese Fläche an Wohnungsbauinvestoren zu veräußern, zunächst Abstand genommen. Bezirksamt, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Friedhofsverband verständigten sich mittlerweile grundsätzlich auf den Erwerb von größeren Teilflächen des Friedhofs St. Marien/St. Nikolai (II) durch das Land Berlin. Die Ankaufverhandlungen stehen kurz vor dem Abschluss. Aus Sanierungsmitteln stehen 350.000 EUR für die Herstellung eines Kinderspielplatzes bereit.

standen, werden Wohnungen errichtet. Damit werden städtebauliche Qualitäten und die Wohn- und Lebensbedingungen verschlechtert. Die traditionelle Nutzungsmischung in vielen Blöcken wird durch die Verdrängung des Gewerbes aufgehoben. Zum einen werden sehr viele Gewerbegebäude in den Blockinnenbereichen zu Wohnzwecken umgenutzt, und zum anderen verdrängt die heranrückende Wohnbebauung bzw. Wohnnutzung auf Grund ihrer Lärmempfindlichkeit das Gewerbe gänzlich

lich die Nutzung für jedes einzelne Grundstück fest. Ist dort Wohnen vermerkt, darf dort zwar auch nur Wohnen stattfinden. Wie viele Wohnungen es allerdings auf dem Grundstück geben darf, wird, wie überall sonst auch, durch den § 34 im Baugesetzbuch sowie die Berliner Bauordnung geregelt. Letztere ist vor fünf Jahren jedoch dahingehend modifiziert worden, dass die Bebauungsdichte deutlich größer sein darf und nun auch Hinterhäuser in den Hofbereichen gebaut werden dürfen. Maßstab ist allein die Umgebungsbebauung. Und Prenzlauer Berg zählt in seinen Gründerzeitgebieten schon jetzt zu den am dichtesten bebauten Quartieren des Landes.



©Hartmut Seefeld

Der Gleimtunnel zwischen Wedding und Prenzlauer Berg wurde zum Zankapfel zwischen den Bezirken Mitte und Pankow.

Auch wenn am Friedhof eine weitere Verdichtung durch neue Wohnbebauung offenbar verhindert werden kann, so entwickeln sich besonders die Sanierungsgebiete in Prenzlauer Berg zu einem wahren »Heringsdorf«. So dicht wurde hier seit dem Krieg nicht mehr gewohnt. Welche Möglichkeiten hat der Bezirk, mit Hilfe des Sanierungsrechts steuernd einzugreifen?

Die besondere Attraktivität dieser Wohnquartiere und die damit verbundene starke Nachfrage führen zu sehr hohen Verkaufspreisen für Wohneigentum und zu ständig steigenden Mieten. Die daraus resultierenden Profitancen suchen Grundstückseigentümer und Investoren durch eine sehr dichte Bebauung der Grundstücke zu nutzen. Derzeit werden viele Baulücken, die der Krieg in die Gründerzeitblöcke gerissen hatte, zugebaut. Aber auch auf Grundstücksteilen, wo noch nie Gebäude

lich. Der seit 58 Jahren bestehende Knaack-Klub in der Greifswalder Straße ist das prominenteste Opfer dieser Entwicklung, die aber bereits sehr viele Unternehmen und Kulturprojekte zur Abwanderung aus dem Prenzlauer Berg gezwungen hat. Durch die ständig anwachsende Bevölkerung kommt es zudem zu einer Überlastung der öffentlichen Infrastruktur. Das betrifft nicht nur Schulen und Kindertagesstätten, sondern auch Grün- und Freiflächen. Letztlich werden damit die in 15jähriger geförderter Stadterneuerung geschaffenen städtebaulichen Qualitäten in Frage gestellt.

Das Sanierungsrecht bietet uns heute nur wenige Möglichkeiten, auf diese Entwicklung steuernd Einfluss zu nehmen. Die Anfang der 90er Jahre beschlossenen Rahmenpläne für die Sanierungsgebiete legen ausschließ-

Bis 2013 werden die fünf noch verbliebenen Sanierungsgebiete im Bezirk aufgehoben. Gibt es noch Quartiere, die einer dringenden Intervention im Rahmen der Städtebauförderung bedürfen?

Wir haben im Bezirk mit zwei grundlegenden Problemlagen zu tun. Zum einen haben wir einen großen Aufwertungsdruck, der von Prenzlauer Berg ausgehend Teile von Alt-Pankow und auch Weißensee erreicht hat. Die Bautätigkeit dort hat zugenommen, und jeder Grundstückswechsel erzielt höhere Verkaufserlöse. Um dort das Wohnen bezahlbar zu halten, sollten die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in diesen Gebieten nicht nur ihren Bestand halten, sondern auch erweitern. Das ist allerdings keine Intervention im Rahmen von Förderprogrammen.

Auf der anderen Seite gibt es Gebiete, die sich städtebaulich schlecht entwickeln. Wir haben darum das Quartier an der Langhansstraße in Weißensee beim Senat als neues Sanierungsgebiet vorgeschlagen. Es ist auch in sozialer Hinsicht ein äußerst amorphes Quartier mit Bordellen und Spielhallen. Hier muss trotz der dann zu erwartenden Aufwertung der Spagat gelingen, ohne den Pioniergeist der Baugruppen sonderlich zu hemmen eine vielfältige soziale Mischung mit einem hohen Anteil auch an kreativem Gewerbe mit Mitteln der Städtebauförderung zu erhalten und zu befördern.

Das Gespräch führte Hartmut Seefeld.



©Hartmut Seefeld

Über 120 Ferienwohnungen in Prenzlauer Berg hat allein diese Agentur in der Kopenhagener Straße im Angebot.

## Wildwuchs bei Gästebetten

Von Sascha Hilliger, Vorsitzender Pro Prenzlauer Berg e.V.

Als Verein für Tourismus und Regionalmarketing im Berliner Bezirk Pankow freuen wir uns grundsätzlich über jeden Beitrag, der die ohnehin schon vielfältigen Angebote in den Kiezen zwischen Torstraße und Brotfabrik, Mauerpark und Friedrichshain erweitert und der mit dem über die Jahre gewachsenen positiven Image des Prenzlauer Bergs beworben wird. Trotzdem müssen auch wir feststellen, dass seit geraumer Zeit eine Entwicklung zu beobachten ist, die zu nachhaltigen Veränderungen in der Außenwahrnehmung des Prenzlauer Bergs führt und zu substantiellen Veränderungen seiner Wohnkultur beitragen kann. Die Rede ist von der stetig wachsenden Zahl von Ferienwohnungen, die besonders in Prenzlauer Berg auf Kosten normalen Wohnraums etabliert werden. In ganzen Hinterhäusern und Seitenflügeln finden sich zunehmend solche temporären Quartiere, die es Hauptstadtbesuchern ermöglichen, ihr Haupt auf einem »Prenzlberger« Kissen zu betten. Diese Angebote orientieren sich ausschließlich am Grundsatz von Angebot und Nachfrage, und sie wären tatsächlich eine

Bereicherung der touristischen Infrastruktur, wenn sie nicht im Vergleich zu anderen kommerziellen Beherbergungsbetrieben wie Hotels, Pensionen oder Hostels weniger staatliche Auflagen beachten müssten und so einen relevanten Wettbewerbsvorteil nutzen könnten. Hotels, Pensionen und Hostels verpflichten sich ganz selbstverständlich zu einer gepflegten Gastlichkeit unter strenger Beachtung der hygienischen Richtlinien, sie übernehmen konkrete Verantwortung als Gastgeber und damit auch als Repräsentanten des Kiezes. Diese Gastgeberkultur ist für sie nicht nur Kür, sondern zugleich auch Pflicht mit nicht unerheblicher Verantwortung und kostenintensiven Aufwendungen. Beherbergungsbetriebe wie Hotels, Pensionen und Hostels müssen die Auflagen des Berliner Meldegesetzes erfüllen (»Beherbergte Personen haben am Ankunftstag einen besonderen Meldeschein handschriftlich auszufüllen und zu unterschreiben«; »Beherbergte Ausländer haben sich gegenüber dem Leiter der Beherbergungsstätte oder seinem Beauftragten durch die Vorlage eines gültigen Identitätsdokuments auszu-

weisen«...), sie müssen strenge Hygienevorschriften einhalten und, ganz entscheidend und für die Gäste und Nachbarn nicht unwichtig, sie müssen die Bedingungen der Bauordnung mit den entsprechenden Brandschutzanforderungen erfüllen. Ansprüche, die an Ferienwohnungen so nicht gestellt werden. Ob das Freihalten der Rettungswege, eine objektbezogene Brandschutzordnung, die konkrete Benennung von verantwortlichen Personen, das Bereithalten eines ersten und zweiten Rettungswegs oder die Einrichtung der Gästezimmer mit schwer entflammaren Einrichtungsgegenständen, all das wird bei Ferienwohnungen nicht zur Auflage gemacht.

### Hohes Risiko

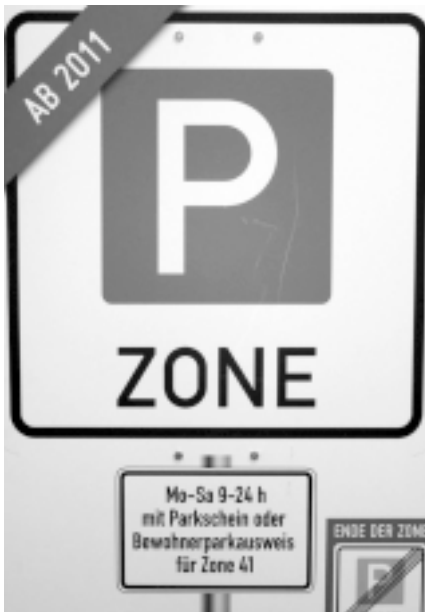
Das Fehlen entsprechender gesetzlicher Bestimmungen für Ferienwohnungen bildet ein hohes Sicherheitsrisiko sowohl für die Nutzer der Ferienwohnungen als auch für die noch ansässigen Mieter und Wohnungseigentümer in jenen Gebäuden, in denen sich Ferienwohnungen befinden. Ganz zu schweigen von der Wettbewerbsverzerrung auf dem Markt der Unterbringungsmöglichkeiten, denn diese besonderen Sicherheitsanforderungen machen auch hohe Investitionen erforderlich, die den Inhabern von Ferienwohnungen bislang erspart bleiben. Ferienwohnungen erfüllen auf der einen Seite alle Kriterien einer kommerziellen Beherbergungseinrichtung, werden aber in den Gesetzen und Verordnungen noch immer als Wohnobjekte eingestuft. Während Beherbergungsbetriebe einer regelmäßigen Überprüfung durch das Ordnungsamt unterliegen, erfolgt eine solche Kontrolle bei der Umnutzung einer Mietwohnung zur Ferienwohnung nicht. Aus den gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich so ein »rechtsfreier Raum« für Anbieter von Ferienwohnungen. Auch vor dem Hintergrund, dass der Bezirk meines Erachtens noch weitere Beherbergungsbetriebe vertragen kann, ist es jetzt an der Zeit, gleichberechtigte Auflagen für die Branche auf den Weg zu bringen, eine Aufgabe, die nur die Politik leisten kann.

# Gute Seiten, schlechte Seiten

Parkraumbewirtschaftung bringt auch Unannehmlichkeiten Von Hartmut Seefeld

Ab 1. Oktober wird Prenzlauer Berg zum »heißen Pflaster«. So jedenfalls umschreibt eine von der Kommunikationsagentur »ideenmanufaktur« im Auftrag des Bezirksamts Pankow entwickelte Kampagne die bevorstehende Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Gebiet südlich der S-Bahn und westlich der Greifswalder Straße. Über 90 neueingestellte Mitarbeiter des Ordnungsamts kontrollieren dann montags bis samstags jeweils von 9 bis 24 Uhr den ruhenden Verkehr. Für wen der Kiez bald zum heißen Pflaster wird, ist jedoch nicht so richtig ersichtlich. Während Agenturchefin Jana Jablonski bereits an der Doppeldeutigkeit des Begriffs Pflaster (Heftpflaster und Straßenpflaster) ihre Freude hat, sieht der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner, vor allem Vorteile für die Anwohner. Er verspricht »schnelleres Parken«, »weniger Suchverkehr«, »mehr Parkplätze für Be-

wohner«, eben »mehr Lebensqualität«. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite stehen Bürokratie, Unbill für Randberliner und zweifelhafte Datensammlungen. Alles Dinge, die durchaus das Zeug haben, Prenzlauer Berg zum »heißen Pflaster« zu machen. Wollen Bewohner in einer der drei Parkraumbewirtschaftungszonen motorisierten Besuch empfangen, müssen sie beim Bürgeramt eine Gästevignette für mindestens 10,20 EUR beantragen. Kennzeichen, persönliche Angaben zum Halter des Autos sowie die Automarke sind dabei anzugeben. Zwar will sich das Bürgeramt bemühen, noch am selben Tag die Gästevignette zu erteilen, doch sicher ist das nicht, was besonders bei kurzfristigen Besuchen zum Problem werden kann. Die Daten werden gesammelt, so dass man im Amt bald zu jedem antragstellenden Haushalt eine schöne Übersicht über dessen motorisierte Besucher verfügt. Keine Chance, eine Gästevignette zu erhalten, haben Besucher aus den anderen Berliner Stadtgebieten und aus Brandenburg. Die könnten, so die öffentliche Argumentation, schließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen. Wer trotzdem mit dem Auto anreist, so Erfahrungen in anderen Parkzonen, sollte nicht die Parkuhr füttern, denn ohne Ticket kostet ein Knöllchen nur fünf EUR. Hat man aber brav einen Parkschein gezogen und überzieht die Zeit, kostet es schon das Dreifache. Dann werden auch Trostpflaster nötig. Die könnten auch manche Anwohner gebrauchen, denn den 22.000 im Gebiet gemeldeten Autos stehen lediglich 13.400 reguläre Stellplätze im Straßenland gegenüber. Ein sicherer Parkplatz in Wohnraumnähe ist da trotz Parkraumbewirtschaftung nicht zwangsläufig. Das Knöllchen beim Falschparken aber schon.



©Hartmut Seefeld

Prenzlauer Berg wird wieder zur Zone.

wirtschaftung im Gebiet südlich der S-Bahn und westlich der Greifswalder Straße. Über 90 neueingestellte Mitarbeiter des Ordnungsamts kontrollieren dann montags bis samstags jeweils von 9 bis 24 Uhr den ruhenden Verkehr. Für wen der Kiez bald zum heißen Pflaster wird, ist jedoch nicht so richtig ersichtlich. Während Agenturchefin Jana Jablonski bereits an der Doppeldeutigkeit des Begriffs Pflaster (Heftpflaster und Straßenpflaster) ihre Freude hat, sieht der Stadtrat für Öffentliche Ordnung, Jens-Holger Kirchner, vor allem Vorteile für die Anwohner. Er verspricht »schnelleres Parken«, »weniger Suchverkehr«, »mehr Parkplätze für Be-

## Schutzschirm für Mieter

SPD will Baugesetz für Mieterschutz nutzen Von H. Seefeld

Auf die Idee, Mieter mit Hilfe des Baugesetzbuches vor drastischen Mieterhöhungen zu schützen, ist in Deutschland offenbar noch keine Kommune gekommen. »Jedenfalls ist uns kein Beispiel bekannt, wir betreten da Neuland«, meint Roland Schröder, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender in der BVV Pankow. Schröder beruft sich auf den § 172 BauGB, welcher dem Bezirk ermöglicht, vor Modernisierungen eine Umstrukturierungssatzung zu erlassen, in deren Folge die Bauarbeiten nicht nur genehmigungspflichtig werden, sondern zugleich auch ein Sozialplanverfahren für die Mieter durchgeführt werden muss – auf Kosten des Bauherren. »Wir haben damit bereits zweimal sehr gute Erfahrungen gemacht«, sagt Schröder und verweist vor allem auf die »Grüne Stadt«, ein sozial schwieriges Wohnquartier an der Greifswalder Straße, in dem 2005 erstmalig eine solche Satzung zur Anwendung kam und in deren Folge ca. 80 Prozent der Bestandsmieter auch nach Abschluss der Sanierung dort wohnen bleiben konnten. War der damalige BVV-Beschluss für eine solche Satzung eine Reaktion »in letzter Minute« auf die Sanierungsankündigung einer luxemburgischen Fondsgesellschaft, so soll es, geht es nach dem Willen der SPD, nun auch präventive Beschlüsse geben. In diversen Begehungen haben Schröder, seine Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein und der Kreisvorsitzende Alexander Götz 80 Standorte im Bezirk ausgemacht, die aufgrund ihrer desolaten Außendarstellung und ihrer Sozialstruktur unter Beobachtung gestellt werden sollen. Im BVV-Ausschuss für Stadtentwicklung stehen nach der Sommerpause bereits konkrete Satzungsbeschlüsse für das Kissingenviertel, das Paracelsusviertel und einen Block südlich vom Kollwitzplatz auf der Tagesordnung.

# Buddelkasten im XL-Format

Der Umbau der Oderberger Straße hat begonnen **Von Albrecht Molle**

Nicht nur für Peter Lexen, den Leiter des Pankower Tiefbauamts, steht fest, dass es in Berlin bislang keine Straßenbaumaßnahme gegeben hat, an deren Vorbereitung die Anwohner so intensiv mitgewirkt haben wie die umfassende Erneuerung der Oderberger Straße im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz, die am 12. Juli begonnen hat. Dabei hatte es zunächst eher nach einem Alleingang der Behörde ausgesehen. Doch deren Planung, die eine weitgehende »Entgrünung« der relativ verkehrsarmen Erschließungsstraße vorsah, die wegen ihrer üppigen, an manchen Stellen auch sperrigen Vegetation und ihres legendären Rufs als Hort der Unangepassten schon zu DDR-Zeiten Kultstatus erlangte und sich heute mit ihren Kneipen und Second-Hand-Läden als Touristenmagnet präsentiert, stieß bei der öffentlichen Vorstellung im Herbst 2007 auf knallharte Ablehnung. Die Bürgerinitiative BIOS, die den Widerstand organisierte, trug ihre Forderung nach Erhalt des Straßenbildes auch in der Bezirksverordnetenversammlung vor, und die befand, dass mindestens 90 Prozent des Straßengrüns zu erhalten seien. Bei einem öffentlichen Workshop einigte man sich im Februar 2008 auf die Überarbeitung der Entwurfsplanung, die dann vier Monate später vorlag und breite Zustimmung fand.

## Grundhafte Erneuerung

Die nun einvernehmlich in Angriff genommene Sanierung der rund 600 Meter langen Oderberger Straße, die 1871 im Zuge der Stadterweiterung angelegt und danach mit Mietskasernen flankiert worden war, erfolgt in fünf Bauabschnitten. Dafür stehen 2,5 Millionen EUR aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« bereit. Vorgesehen sind neben der Erneuerung der Fahrbahn und der knapp zehn Meter breiten Seitenbereiche der Bau von sechs

Gehwegvorstreckungen mit Grün- und Aufenthaltsflächen, die Erneuerung der Straßenbeleuchtung sowie mehrere Fahrradabstellanlagen. Beidseitig der Fahrgasse werden Senkrechtparkstände angelegt, wobei die Zahl der bisher 277 Stellplätze zu Gunsten der Gehwegvorstreckungen und Aufenthaltsflächen um 40 redu-



©Hartmut Seefeld

Seit dem 12. Juli herrscht Aufbruchstimmung auf der Oderberger Straße zwischen Mauerpark und Kastanienallee.

ziert wird. Die maroden Gehwege, bislang durch Schankvorgärten, Bänke und Pflanzkübel an manchen Stellen auf einen Meter verengt, werden künftig wieder zwei Meter breit sein, und auf dem bis zu 6,50 Meter breiten Oberstreifen wird es auch weiterhin Platz für Pflanzkübel geben. In Teilbereichen werden auch mobile Pflanzkübel aufgestellt, sofern Anwohner, Hauseigentümer und Gewerbetreibende deren Pflege übernehmen.

Für die Gesamtmaßnahme hat das Tiefbauamt eine Bauzeit von mindestens zwei Jahren veranschlagt. Zunächst wird der westliche Straßenabschnitt zwischen Eberswalder Straße und Kastanienallee erneuert. Hier

haben jetzt die Berliner Wasserbetriebe an der nördlichen Straßenkante in Richtung Kastanienallee mit der Verlegung neuer Abwasser- und Trinkwasserleitungen begonnen, die im Frühjahr 2011 abgeschlossen sein soll. Gleichzeitig erfolgt auf der südlichen Seite in Richtung Eberswalder Straße die Gehwegsanie rung. Um den an der Straßenerneuerung beteiligten Firmen die erforderliche Baufreiheit zu gewähren, ist die Fahrbahn der Oderberger Straße zwischen Eberswalder Straße und Kastanienallee halbseitig gesperrt worden und nun als Einbahnstraße in Richtung

Kastanienallee ausgewiesen. Dabei sind die Zufahrt und der Zugang zu den Häusern jedoch gewährleistet. Genaue Termine für die abschnittsweise Erneuerung der Fahrbahn sollen rechtzeitig bekanntgegeben werden. Gebaut wird an fünf Tagen in der Woche von sieben bis 18 Uhr. Ziel ist es, die Sanierung des westlichen Straßenabschnitts bis Ende 2011 abzuschließen. Erst danach erfolgt die Erneuerung der Gehwege und der Straßenbeleuchtung im wesentlich kürzeren östlichen Abschnitt zwischen Kastanienallee und Choriner Straße. Eine Fahrbahnerneuerung ist in diesem für den Durchgangsverkehr ohnehin gesperrten Bereich nicht vorgesehen.

# Bauboom am Weißen See

BVV fordert städtebauliches Entwicklungskonzept Von Albrecht Molle

Der Run auf bebaubare Flächen in Berlin hält an, und ein Ende ist derzeit nicht abzusehen. Das renditeträchtige Geschäft mit Immobilien blüht aber nicht nur in Berlins Mitte. Auf der Suche nach sicheren Kapitalanlagen haben Investoren längst auch Weißensee als attraktive Wohnlage entdeckt. Besonders begehrt sind hier

Baukräne drehen. Die Real Property Invest Weißensee GmbH hat das denkmalgeschützte Ensemble, in dem bis 1922 Bier gebraut wurde, von der Berliner Gasag erworben und will es zu einer geschlossenen Wohnanlage umbauen. In den zwischen 1885 und 1888 errichteten Klinkerbauten sollen insgesamt 36 Apartments mit



©Hartmut Seefeld

Die ehemalige Sternecker-Brauerei an der Berliner Allee wird zu einem Wohnquartier umgebaut.

Baugrundstücke im unmittelbaren Umfeld des weitläufigen Parks, der den Weißen See umgibt. Bereits weit gediehen ist das Baugruppenprojekt »Wohnen am Weißen See« auf dem Gelände des alten Weißenseer Rathauses in der Albertinenstraße, das unmittelbar an den südlichen Parkrand grenzt. Hier sind in den letzten Monaten drei zum Teil bereits bezogene Gebäude mit Wohnungen für Eigennutzer und Kapitalanleger entstanden, und weitere Apartments sind im alten Rathaus im Bau, das zurzeit umfassend saniert wird.

Bald werden sich aber auch auf dem benachbarten Areal der alten Sternecker-Brauerei, deren Gebäude seit 1990 faktisch leer stehen,

Wohnflächen zwischen 53 und 126 m<sup>2</sup>, zwei Penthäuser sowie eine Tiefgarage entstehen. Seine ursprüngliche Absicht, auf dem Gelände auch Gewerbe anzusiedeln, hat der Investor inzwischen aufgegeben, wie Projektbevollmächtigter Alexander Rohde im Gespräch mit »Vor Ort« signalisiert. Das Amt für Stadtentwicklung hat die prinzipielle Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens bereits bestätigt, nachdem es mit der bezirklichen Denkmalschutzbehörde detailliert abgestimmt worden ist.

Doch der Investor hat weitere Pläne. Er interessiert sich auch für die unmittelbar an die Sternecker-Brauerei und den südlichen Parkrand grenzende ehemalige Sportstätte am

Weißen See. Auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung wird dieses 6.667 m<sup>2</sup> große Grundstück zwecks Vermarktung an den Liegenschaftsfonds Berlin abgegeben. Sollte die Real Property Investment Weißensee GmbH im Bieterverfahren den Zuschlag erhalten, will sie dann auch an diesem attraktiven Standort hochwertige Eigentumswohnungen bauen.

Die zunehmende bauliche Verdichtung im unmittelbaren Umfeld des Parks am Weißen See ist inzwischen auch in der BVV thematisiert worden. Stein des Anstoßes war eine Passage einer den Verordneten zur Beschlussfassung zugeleiteten Vorlage des Bezirksamts zum Umgang mit der ehemaligen Sportstätte. Darin heißt es u. a., dass »im Vordergrund die Prüfung hinsichtlich der Entwicklung einer Wohnbebauung steht, zumal eine entsprechende Nachfrage zu verzeichnen ist«. Dies wurde vor allem von Verordneten der Linken und der CDU als »unzulässige Vorfestlegung auf die künftige Nutzung des Geländes« kritisiert. Auf Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP hat die BVV nun das Bezirksamt aufgefordert, für das gesamte Gelände um den Weißen See ein städtebauliches Entwicklungskonzept vorzulegen und dazu eine Bürgerbeteiligung unter Einbeziehung der BVV und ihrer Fachausschüsse durchzuführen. Ein solches Konzept sei dringend erforderlich, um nicht länger nur auf Baugesuche Dritter reagieren zu müssen. In der Grundstücksangelegenheit Sportstätte Berliner Allee 127 hat die BVV am 7. Juli das Bezirksamt beauftragt, mit dem Liegenschaftsfonds umgehend Gespräche über die Finanzierung eines grundstücksbezogenen Bebauungsplanverfahrens sowie eines städtebaulichen Gutachterverfahrens mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung aufzunehmen und danach einen B-Plan aufzustellen. Dabei seien vor allem Nutzungskonflikte mit dem öffentlichen Park am Weißen See auszuschließen. Weiterhin soll das Bezirksamt mit dem Liegenschaftsfonds vereinbaren, dass die Vermarktung des ehemaligen Sportstättengeländes erst erfolgt, nachdem der festzusetzende B-Plan Planreife erreicht hat.

# Gekommen, um zu bleiben

Sanierungsgebiet Wollankstraße mit stabiler Sozialstruktur Von H. Seefeld

Das Ende der Sanierungsgebiete im Bezirk Pankow rückt unausweichlich näher. Nach dem Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg im Januar 2009 und dem Weißenseer Komponistenviertel im Juni 2010 wird für Anfang 2011 als nächstes für die Gebiete Winsstraße und Bötzowstraße in Prenzlauer Berg sowie Wollankstraße in Alt-Pankow der Aufhebungsbeschluss avisiert. Im Vorfeld wird zu jedem Gebiet eine Sozialstudie erarbeitet, in der die Veränderungen im 15jährigen Sanierungszeitraum untersucht werden. Im April dieses Jahres legte die Friedrichshainer GmbH für »Angewandte Sozialforschung und Urbanes Management« (ASUM) ihre Untersuchung für das Gebiet Wollankstraße vor. Präsentiert wurde die Studie in einer Sitzung des Pankower BVV-Ausschusses für Stadtentwicklung Ende Juni.

In der Normalität der Entwicklung liegt die große Besonderheit dieses Sanierungsgebiets, das 1994 vom Berliner Senat als solches ausgewiesen wurde. Knapp 6.000 Menschen wohnten dort damals in 3.200 Wohnungen, heute sind es 7.550 Menschen in über 4.000

Wohnungen. »Der große Unterschied zu anderen Sanierungsgebieten ist der relativ hohe Anteil älterer Personen«, sagt Dr. Regina Jäkel, die federführend bei ASUM die Studie erarbeitete. Außerdem, so Dr. Jäkel, gab es in Pankow, anders als in den anderen Sanierungsgebieten, nur eine geringe Fluktuation: »Auffällig ist eine hohe Quote von Haushalten, die während der Sanierung in ihren Wohnungen verblieben sind«. Damit einhergehend konnten die Autoren der Studie den Anwohnern eine »hohe Gebietsbindung« attestieren. 19 Prozent der Anwohner lebte bereits bei der Ausweisung als Sanierungsgebiet in dem Kiez.

Grundlegende Erkenntnisse haben die drei Autorinnen der Studie im Rahmen einer Fragebogenaktion erhalten, die im Januar/Februar dieses Jahres durchgeführt wurde. Über Hausbriefkästen wurden 3.612 Fragebögen mit einem Begleitschreiben aus dem Bezirksamt verteilt, von denen 733 ausgefüllt zurückgesandt wurden. 706 Fragebögen wurden in die Auswertung aufgenommen, damit waren Daten aus jedem fünften

Haushalt einbezogen worden.

Trotz der weiterhin breit gefächerten Sozialstruktur hat sich der Kiez in den vergangenen Jahren auch zunehmend zu einem Wohnort für Besserverdienende entwickelt. Das Bürgertum hat Pankows Altbauwohnungen die Treue gehalten. Stagniert das mittlere Haushaltsnettoeinkommen in Berlin wie auch im Gesamtbezirk Pankow seit 1996 bei ca. 1.500 EUR, stieg dieser Wert im Sanierungsgebiet Wollankstraße von knapp 1.600 EUR im Jahre 1996 auf nunmehr 2.200 EUR! Besonderen Anteil an dieser Quote haben die Zugezogenen, die ein mittleres Haushaltsnettoeinkommen von immerhin 2.400 EUR mitbrachten. Trotz der guten Einkommenslage ist das Mietniveau noch nicht so exorbitant, wie man es teilweise in den Sanierungsgebieten in Prenzlauer Berg erlebt. Zwar kosten 37 Prozent der 4.000 Wohnungen über 6 EUR/m<sup>2</sup> nettokalt, andererseits gilt für 53 Prozent der Wohnungen ein Mietzins, der unter 5,50 EUR/m<sup>2</sup> nettokalt liegt und damit dem Gebietsmietpiegel von 2009 entspricht. Das ist nicht zuletzt der Förderung mit öffentlichen Geldern zu verdanken, die jedoch 2001 vom Senat eingestellt worden war. Im Sanierungsgebiet Wollankstraße ist jede dritte sanierte Altbauwohnung mit öffentlichen Mitteln umfassend gefördert worden. Der damit einhergehenden Mietpreisbindung unterliegen deshalb knapp 800 Wohnungen, eine Zahl, die ab 2021 mit dem Auslaufen der Förderauflagen rapide abnimmt.

Wenn auch nicht in der massiven Form wie in Prenzlauer Berg, unterliegt das Gebiet doch einem Aufwertungsdruck. Hochwertiges Wohnen, wie etwa in der Alten Mälzerei oder bald in der Garbáty-Fabrik, sind erste Vorboten. Eine zweite Sanierungswelle wird erwartet, denn bei vielen Wohnungen sei oft auf mietspiegelrelevante Sondermerkmale verzichtet worden. »Da besteht in der Zukunft weiterer Aufwertungsspielraum«, warnt Dr. Jäkel. Und sie macht noch auf einen weiteren Umstand aufmerksam: »Ein Schub ist auch zu erwarten, wenn mit der Schließung Tegels der Fluglärm wegfällt«.



©Hartmut Seefeld

Pankow im Wandel – Richtfest beim Umbau des ehemaligen Tabakspeichers an der Hadlichstraße zu einem Schulhaus.

**Ullsteinbild erteilte die Rechte an diesem Bild ausschließlich für die Druckausgabe. Wir danken für Ihr Verständnis.**

©Ullsteinbild

Ulbricht (stehend) redet, Goebbels (erster von links) hört zu. Kurz darauf kommt es 1931 zur größten Saalschlacht Berlins.

## Mutterhaus des Saalkampfs

Aus der Geschichte des Saalbaus Friedrichshain Von Hartmut Seefeld

Das Bauensemble, welches heute unter der Adresse Am Friedrichshain 17 bzw. 18 in Prenzlauer Berg zu finden ist, hat eine eher betuliche Ausstrahlung. Kein Wunder, beherbergt doch das im Frühjahr 2004 fertiggestellte Karree eine Seniorenresidenz und ein Vier-Sterne-Hotel. Während in dem einen Objekt »entspanntes Leben in Würde« versprochen wird, will man auf der anderen Seite des gemeinsamen Hofes vor allem »Treffpunkt für Businesspeople und Kulturinteressierte« sein. Das war an diesem Ort nicht immer so. Vor 122 Jahren, im Oktober 1888, eröffnete die Aktienbrauerei Friedrichshain an dieser Stelle nach zweijähriger Bauzeit ihr Restaurationsgebäude. Zentraler Raum in dem vom Regierungsbaumeister Max Schilling im Neo-Renaissance-Stil projektierten Bau war der 43 Meter lange, 25 Meter breite und 16 Meter hohe Festsaal, in dem offiziell 1.400 Gäste Platz fanden. Schon bald wurden die Räumlichkeiten zur politischen Bastion. SPD-Legende August Bebel redete hier im August 1890 vor 4.000 Anhängern, und im Januar 1891

gründeten 6.000 Anhänger der Sozialdemokratie in dem Saal eine Arbeiterbildungsschule.

Nach der Einstellung des Brauereibetriebs 1921 siedelten sich diverse Firmen auf dem Gelände an, das sich mittlerweile im Besitz einer »AG für Industrieunternehmen Am Friedrichshain« befand. In dem Saalbau fanden neben Ausstellungen auch weiterhin politische Versammlungen statt. Ende der 20er Jahre avancierte der Saal nicht nur für wahlkämpfende Kommunisten und Sozialdemokraten zu einem begehrten Veranstaltungsort, sondern auch für Nationalsozialisten. Gekämpft wurde dabei häufig genug mit harten Bandagen. Hier fand auch die wohl längste und blutigste Saalschlacht statt, die Berlin erlebte, als es am 22. Januar 1931 während einer NSDAP-Kundgebung in Anwesenheit des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels zu einem dreiviertelstündigen Redeauftritt des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht kam. Im Anschluss an diese Rede, in welcher der Berliner KPD-Chef die Naziführer bezichtigte, im Dienste des Finanzka-

pitals zu stehen, prallten Aktivisten von SA-Rollkommando und Rotfrontkämpferbund aufeinander. »Mit geübtem Griff traten die Gegner die Stühle entzwei, um mit den Stuhlbeinen als Keulen aufeinander einzuschlagen«, schilderte ein Augenzeuge das Hauen und Stechen, das dann von der Polizei mittels Gummiknüppeln unterbunden wurde. Zur Bilanz zählten über 100 Verletzte, darunter 60 Schwerverletzte. Uneinig ist die Geschichtsschreibung, ob nun Goebbels oder Ulbricht durch ein Fenster flüchtete. Als die Nazis 1933 an die Macht kamen, behielten sie das ehemalige Brauereiareal im Blick. Zwischen 1936 und 1939 bauten sie dort das Kreishaus der NSDAP, in dem auch Goebbels ein Büro hatte, sowie eine Wohnsiedlung für »bewährte Kämpfer«. Der mittlerweile in die Jahre gekommene Saalbau wurde zeitgleich umfassend saniert. Siedlung, Saalbau und Kreishaus sollten dann einen braunen Campus im roten Prenzlauer Berg bilden. Doch das Konstrukt hielt nicht lange. Nach einem Bombenangriff im Juli 1944 wurde der Saalbau durch einen Brand vollständig zerstört. Fünf Jahre später wurden die Reste abgetragen. Es bedurfte dann eines speziellen Einsatzes der Berliner im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks der DDR (NAW), um 1957 auf den Kellern des Gebäudes eine neue Gaststätte zu bauen. Die robuste Trinkhalle in Leichtbauweise wurde von der staatlichen HO betrieben und bekam, da ganz traditionsbewusst, wieder den Namen Saalbau Friedrichshain verliehen. Auch dieser war lange Jahre beliebter Ausflugsort und Versammlungsraum zugleich.

Nachdem sich ein Kölner Investor kurz nach der Wende die Eigentumsrechte bei der HO gesichert hatte, begann er im Dezember 1992 mit dem Abriss des Saalbaus. Doch die Rheinländer wollten die Rechnung ohne die Treuhänder machen. Es dauerte dann doch noch ganze acht Jahre, in denen nur eine Wagenburg etwas Leben auf das brachliegende Grundstück brachte, ehe auch hier klare Eigentumsverhältnisse herrschten. Erst im Jahr 2000 erfolgte schließlich der Baubeginn für die Seniorenresidenz und das Hotel.

# Über den Dächern

»Zentralhaus der Einheit« wurde zum »SohoHouse Berlin« Von Hartmut Seefeld

»Das ist der Berliner Raum«, lächelt die PR-Agentin Barbara Franzreb etwas verlegen und zeigt auf Wände aus Sichtbeton und ein paar scheinbar willkürlich aufgestellte Tischtennisplatten. Hopse-Figuren zieren den teppichlosen Fußboden, und auf dem Empfangstresen liegen »USA-Today« und »The Esquire« aus. Wir stehen im Foyer des Soho House, einem exklusiven englischen Klub, der seine erste deutsche Dependence am 10. Mai in der Torstraße 1 in Prenzlauer Berg für seine »Members« geöffnet hat. »Oben und unten ist dann der englische Bereich«, meint Franzreb Hoffnung weckend, und der sehe deutlich anders aus. Sie sollte recht behalten. Ein Kino mit ausladenden plüschigen Sesseln und eine Bibliothek mit Bar und einem Charme, der auch Harry Potter Inspiration beim Lernen seiner Zauberformeln geben könnte, zieren das Untergeschoss. Gleich nebenan findet sich ein großer Wellnessbereich. Zwei italienische Restaurants, das »Cecconi« mit klassischer Küche und 180 Plätzen sowie eine Pizzeria, öffnen im Herbst eine Etage darüber auch für Laufkundschaft ihre Türen zur Straße. In der Etage über dem

»Berliner« Foyer warten Dutzende Fitnessgeräte so ausgerichtet auf ihren Gebrauch, dass der Nutzer seinen Blick während seines schweißtreibenden Tuns über die große Straßenkreuzung schweifen lassen kann. Im zweiten Stockwerk gibt es weder einen englischen Bereich noch Berliner Flair. Hier ist noch alles Baustelle. Hergerichtet wird das »Politbüro«, jene Räume, in denen die beiden ersten 1946 gewählten SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl bis 1958 residierten. Nach Abzug der Bauarbeiter im Spätsommer, die dann in dem Büro auch eine originalgetreue Wandverkleidung aus jener Zeit montiert haben, werden die Räume für Events zur Verfügung gestellt. »Das Angebot können auch Nichtmitglieder nutzen«, meint Franzreb. Das gilt allerdings nicht für die obersten Etagen, dort, wo die »Members« in einem Pool auf dem Dach Abkühlung suchen können und in der Sessel- und couchbestückten Lounge vor dem Kamin ausspannen, essen, trinken, reden, lesen oder im Internet surfen dürfen. Zwischen Politbüro und Dachterrasse finden sich 40 Hotelzimmer für jeden, dem eine

Nacht zwischen 100 EUR und 400 EUR wert sind und der dafür auch temporäres Klubmitglied während des Aufenthalts wird.

## Geld ist nicht alles

Die Soho House Klubs wurden 1996 vom Engländer Nick Jones gegründet. Das Berliner Haus ist das achte in der Kette. Die Mitgliedschaft kostet jährlich 900 EUR, aber nicht jeder, der dieses Geld aufbringen kann, ist willkommen. »Das Haus ist ein Treffpunkt für Kreative, für Medienleute, Designer, Filmemacher, Musiker«, erklärt Franzreb. Ein gutsituierter Finanzbeamter hätte demnach keine Chance. Jeder Interessent muss ausführlich begründen, worin sein Interesse besteht und zwei Mitglieder als Bürgen benennen. Derzeit gebe es in Berlin ca. 1.000, weltweit über 16.000 Mitglieder.

Eine solche Zukunft war dem Haus nicht in die Wiege gelegt worden, als es 1929 als Kreditwarenhaus eröffnet wurde. Die Nazis enteigneten schon bald die jüdischen Eigentümer und machten es zur Zentrale der Hitlerjugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es zur ersten Adresse der SED, dem »Zentralhaus der Einheit«. Ab 1959 war hier das Institut für Marxismus-Leninismus, seit 1995 stand es leer. Die weltweite Erbgemeinschaft tat sich nach der Restitution schwer mit der Vermarktung, erst Anfang 2007 erwarb Jones, der zuvor schon zahlreiche Berliner Immobilien auf Tauglichkeit für seine Klubpläne prüfte, das denkmalgeschützte Haus. Gefehlt hat im Kriterienkatalog des Engländers offenbar die Tiefgarage. »Hotelgäste wie Klubmitglieder müssen entweder mit dem Taxi kommen oder irgendwo im Umfeld parken«, räumt Franzreb ein. Man stehe zwar in Verhandlungen mit der benachbarten Backfabrik, die ihrerseits über eine solche Garage verfügt, doch die laufen nicht so befriedigend. Eigentümer Hargen M. Bartels war vor ein paar Jahren selbst Kaufinteressent, doch der aufgerufene Preis von ca. sieben Millionen EUR ließ ihn davon Abstand nehmen, zumal damals die Sanierungskosten mit 26 Millionen EUR veranschlagt wurden.



©Hartmut Seefeld

Die beiden Bronzetafeln mit den Reliefs von Pieck und Grotewohl im Eingangsbereich des Hauses gelten als verschollen.

# Streit um die Wohnung

Von Sylvia Hoehne-Killewald, Geschäftsführerin Mieterberatung Prenzlauer Berg

Zieht einer der beiden Ehepartner aus der gemeinsamen Wohnung aus, weil man sich trennen will, tun sich in der Regel für beide natürlich auch mietrechtliche Fragen auf. Eine wichtige Frage ist zum Beispiel, wer dann die Miete weiter zahlt. Oft meint der ausziehende Partner, mit seinem Auszug aus der gemeinsamen Wohnung sei für ihn die Angelegenheit erledigt, und mit dem Mietvertrag und den Mietzahlungen für diese Wohnung habe er nun nichts mehr zu tun. Dem ist jedoch nicht so.

## Beide haften für Miete

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Ehepartner sich an die Koordinierungsstelle für Wohnungssuchende in der Mieterberatung Prenzlauer Berg wenden und um Hilfe bei der Wohnungssuche bitten, da sie sich trennen wollen, weil ihnen das weitere Zusammenleben unmöglich erscheint. Dazu ist zunächst festzustellen: Die Tatsache, dass einer der Ehepartner aus der Wohnung auszieht, hat zunächst einmal keinerlei Einfluss auf den Mietvertrag. Nach geltendem Recht muss die- bzw. derjenige, der den Mietvertrag unterschrieben hat, auch die Miete zahlen, ganz gleich, ob er ausgezogen ist oder nicht. In der Regel haben beide Ehepartner den Mietvertrag unterschrieben, und solange der nicht entsprechend geändert wird, müssen auch beide weiterhin für die Miete aufkommen. Sie haften für die Miete also gesamtschuldnerisch. Das heißt, dass der Vermieter den im Mietvertrag vereinbarten Mietzins von jedem Ehepartner in voller Höhe verlangen kann. Dabei hat der Vermieter die freie Wahl, an welchen Ehepartner er sich dabei hält. Die Miete muss selbstverständlich aber nur einmal in voller Höhe gezahlt werden. Derjenige, der bisher die volle Miethöhe gezahlt hat, kann also nicht davon ausgehen, dass er nach der Trennung und dem Auszug des Partners nur

noch die halbe Miete zu zahlen hätte. Es gibt für ihn auch nicht die Möglichkeit, den Vermieter zu zwingen, sich doch vom ausgezogenen Partner die zweite Hälfte der Miete zu holen. Damit würde er die Kündigung des Mietvertrags riskieren.

Das Problem ist: zahlt der ausgezogene Partner nicht freiwillig die Hälfte der vollen Miethöhe, bleibt dem in der Wohnung verbleibenden Ehegatten nur noch, die volle Miete zu zahlen, will er die Wohnung nicht verlieren. Der ausgezogene Mieter ist also weiterhin genauso für die Mietzahlung verantwortlich wie der Partner, der in der Wohnung verbleibt.

## Einjahresfrist

Auch wenn der ausgezogene Mieter die Hälfte der Miete für die bislang gemeinsame Wohnung pflichtgemäß weiter zahlt, kann er von dem Partner, der in der Wohnung verblieben ist, nicht verlangen, dass dieser vor Ablauf des ersten Trennungsjahres die Wohnung kündigt. Vor Ablauf des ersten Trennungsjahres besteht keine Pflicht, die Ehwohnung aufzugeben. Steht allerdings unzweifelhaft fest, dass die Ehe geschieden wird und der in der Wohnung verbliebene Ehepartner einen neuen Lebensgefährten aufgenommen hat, entfällt für den ausgezogenen Ehepartner die Pflicht, sich an den Mietkosten für die ehemals gemeinsame Wohnung zu beteiligen.

Spätestens zu dem Zeitpunkt da die Scheidung eingereicht wird, muss der in der Wohnung Verbliebene auf Verlangen des bisherigen Ehepartners einer Kündigung des Mietvertrags zustimmen, es sei denn, er will die Wohnung allein weiter mieten und der Vermieter erteilt dafür sein Einverständnis.

## Anrechnung auf Unterhalt

Wenn der ausgezogene Ehepartner weiterhin die volle Miete für die

Wohnung zahlt, so kann er die Hälfte davon auf den Unterhalt anrechnen, den er für den anderen Partner zu zahlen hat. Dazu ein Beispiel: Der Ehemann ist aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen, er zahlt aber weiterhin die Miete in voller Höhe von 850 EUR, und er muss seiner Frau, die in der ehelichen Wohnung geblieben ist, monatlich 750 EUR Unterhalt zahlen. In diesem Fall kann er die Hälfte der Miete, also 425 EUR, direkt vom Unterhalt abziehen.

Im Falle einer Trennung ist es immer ratsam, dass beide Partner sich in Ruhe darüber verständigen, wie es mit der Wohnung und den monatlichen Mietzahlungen weitergeht. In der Regel bleiben ja die Frauen, vor allem Mütter mit Kindern, erst einmal in der ehelichen Wohnung, und in der Regel haben beide Ehepartner den Mietvertrag unterschrieben. Will nun einer der Partner aus dem Mietvertrag aussteigen, ist es am besten, dies einvernehmlich sowohl mit dem Partner als auch mit dem Vermieter zu regeln. Stimmt der verbleibende Ehepartner dem Ausstieg des Ausgezogenen aus dem Mietvertrag zu und ist auch der Vermieter damit einverstanden, ist der ausgezogene Partner von allen Verpflichtungen bezüglich der Mietzahlungen befreit. Der in der Wohnung verbleibende Ehepartner ist nun alleiniger Vertragspartner und damit auch allein zuständig für die Mietzahlungen sowie andere das Mietverhältnis betreffende Fragen. Allerdings zeigt uns die Praxis, dass die Vermieter lieber zwei Vertragspartner haben. Denn kann der eine Mieter nicht zahlen, hat der Vermieter die Möglichkeit, sich an den anderen Vertragspartner zu halten.

Trennungen gehen in der Regel gravierende Probleme voraus, und sind die Partner dann auch noch zerstritten, ist eine für beide Seiten vernünftige Lösung meist nur schwer zu erreichen. Allerdings kann dann in einem Scheidungsprozess der zuständige Richter einem der Partner die bisher gemeinsame Wohnung zusprechen. An den Richterspruch ist dann auch der Vermieter gebunden. Allen Betroffenen ist unbedingt zu empfehlen, voreilige und unbedachte Schritte zu vermeiden, sondern sich beraten und helfen zu lassen.

## Im Rückzug

Nach dem Kollwitzplatzquartier in Prenzlauer Berg, das Anfang 2009 als erstes der ursprünglich sieben Sanierungsgebiete des Bezirks Pankow aufgehoben wurde, hat der Senat am 8. Juni auch das Ende 1994 als Sanierungsgebiet festgelegte Komponistenviertel in Weißensee aus der Sanierung entlassen. In das gründerzeitliche Gebiet an der Berliner Allee sind zur Erneuerung der Wohnsubstanz, zum Ausbau der sozialen Infrastruktur und zur Anlage von Spiel- und Freiflächen 67 Millionen EUR Fördermittel geflossen. Fast zwei Drittel der 4.456 Altbauwohnungen sind modernisiert, und es entstanden knapp 800 neue Wohnungen. Die Zahl der Gebietsbewohner hat sich seit 1994 vor allem durch den Zuzug junger Familien um mehr als 40 Prozent auf rund 8.500 erhöht. Noch kurz vor Aufhebung der Sanierungssatzung hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2,4 Millionen EUR für den Bau einer Doppelsporthalle an der Gounodstraße bewilligt. Auf der dafür vorgesehenen Fläche ist mit dem Abriss eines alten Heizhauses bereits Baufreiheit geschaffen worden. Der Turnhallenneubau soll zu Beginn des Schuljahres 2011/12 in Betrieb genommen werden.

## Im Untergrund

Ausgehend vom Ernst-Thälmannpark beginnt der Energiekonzern Vattenfall AG mit der Erschließung des Prenzlauer Bergs für sein Berliner Fernwärmenetz. Bereits seit dem Frühjahr laufen auf der Freifläche vor dem Planetarium die vorbereitenden Arbeiten. Mitte Juli begann in



©Hartmut Seefeld

Bis Anfang November ist die Hochbahn in der Schönhauser Allee eine Baustelle.

neun Meter Tiefe der Einsatz einer Tunnelvortriebsmaschine, die einen 120 Meter langen Tunnel mit einem Durchmesser von 1,60 Meter unter der Prenzlauer Allee hindurch bohrt. Im kommenden Jahr wird die Pappelallee unterquert, 2012 die Schönhauser Allee erreicht. Insgesamt dauert die Erschließung von Prenzlauer Berg bis 2017, rund 13.000 Wohnungen haben dann die Möglichkeit mit Fernwärme versorgt zu werden. Vattenfall investiert in dieses Vorhaben 1,5 Millionen EUR.

## Im Plan

Die Erneuerung der Hochbahntrasse der U2 in der Schönhauser Allee liegt sowohl im Zeit- als auch im Kostenplan. Der Leiter des Bereichs Infrastruktur bei der BVG, Ralf Baumann, bestätigt, dass trotz der großen Hitze in den vergangenen Wochen – hinter den Schallschutzwänden herrschten Temperaturen bis zu 70 Grad Celsius – die Arbeiten uneingeschränkt weitergeführt wurden. »Wir schaffen täglich 35 Meter, ab 7. November soll die U-Bahn wieder fahren«, erklärt Baumann. Im Laufe der Sanierung werden Gleise und Schotter sowie

die Buckelbleche der Fahrtröge erneuert. Die Stahlkonstruktion wird sandgestrahlt und mit einem Korrosionsschutz versehen. Auch die U-Bahnhöfe Eberswalder Straße, Schönhauser Allee und Vinetastraße werden von Grund auf erneuert. Im kommenden Jahr wird die Promenade (4.700 m<sup>2</sup>) unter den »Magistratsschirm« gepflastert sowie der gesamte Abschnitt mit Außenleuchten ausgestattet. Insgesamt werden an dieser Baustelle 100 Millionen EUR investiert, allein in diesem Jahr werden 40 Millionen EUR fällig.

## Im Licht

Die Berliner Künstlerin Veronika Kellendorfer hat den vom Bezirksamt Pankow ausgelobten Kunstwettbewerb »Tor nach Pankow« gewonnen. Kellendorfer überzeugte das Preisgericht unter Vorsitz des Künstlers Thorsten Goldberg mit ihrem Entwurf »Polychromie architektonale«. Sie schlägt die Aufstellung von vier Leuchtplastiken an der Berliner Straße, am Pastor-Niemöller-Platz, am Ossietzkyplatz und an der Ecke Pasevalker Straße/Schlossallee vor. Die Künstlerin sieht ihr Werk als »Signetflächen, de-

stilliert aus den jeweiligen Flurplänen der Plätze und Straßen Pankows«. Die einzelnen Lichtflächen sollen Verkehrsintensitäten, Gebäudestrukturen, Straßenflächen, Vegetationsdichte und den Wasseranteil der Panke widerspiegeln. Die Plastiken sind aus jeweils drei verschiedenfarbigen Leuchtkörpern aus Acrylglas zusammengefügt und werden auf einer Trägerkonstruktion in fünf bis sechs Meter Höhe angebracht. Die Installation der Stelen ist für dieses Jahr vorgesehen. Zur Teilnahme an dem mit 130.000 EUR dotierten Wettbewerb waren elf Künstlerinnen und Künstler eingeladen. Die Auslobung erfolgte im Zusammenhang mit vier Straßenbauprojekten, die zwischen 2009 und 2013 in Pankow realisiert werden. Alle eingereichten Entwürfe werden vom 10. bis 20. August in der Galerie Pankow ausgestellt.

## Im Endspurt

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II werden im Bezirk in Regie des Hochbauamts acht Schulen für ca. 15 Millionen EUR umfassend saniert. Größte Baustelle ist die 1968 gebaute Plattenbauschule an der Mendelstraße in Pankow. »Für 4,5 Millionen EUR wird das seit 2004 nur noch sporadisch genutzte Gebäude nach hohen Energiestandards erneuert, mit neuen Fenstern und einer Thermohaut an der Fassade«, erklärt Stadträtin Christine Keil. Es werde eine Aula geben, moderne Fachräume und eine Cafeteria. Einzug wird hier die »Schule an der Strauchwiese« halten, eine Sonderschule für schwerhörige Kinder. Außerdem wird ein Grundschulzug für Kinder ohne Behinderungen hier an den Start gehen.

## Mieterberatung Prenzlauer Berg

Lettestraße 5,  
☎ 44 33 810

Dienstag 14 bis 19 Uhr, Anwalt ab 17 Uhr,  
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr,  
mit Anwalt ab 16.30 Uhr;

Mieter Gebiet Humannplatz:

Donnerstag 10 bis 12 Uhr;

Mieter Gebiet Grelstraße/Ostseestraße:

Mittwoch 14 bis 16 Uhr (mit Anwalt);

Templiner Straße 17

Montag 15 bis 16.30 Uhr (mit Anwalt);

Käthe-Niederkirchner-Straße 12

Montag 17 bis 19 Uhr (mit Anwalt);

Gleimstraße 49/Eing. Kopenhagener Straße

Mittwoch 16.30 bis 19 Uhr (mit Anwalt).

## Mieterberatung Weißensee – SPAS

Gürtelstraße 12,  
☎ 91 20 58 13

Montag 15 bis 18 Uhr,  
Dienstag 10 bis 13 Uhr, 17 bis 20 Uhr  
mit Anwalt von 17 bis 20 Uhr,  
Mittwoch 10 bis 13 Uhr, 15 bis 18 Uhr.

## Mieterberatung Pankow – FSW

Florastraße 72, ☎ 48 55 308

Dienstag 10 bis 12 Uhr, 13 bis 18 Uhr  
ab 16 Uhr mit Anwalt  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 10 bis 12 Uhr, 14 bis 19 Uhr.

## S.T.E.R.N.

Sanierungsbeauftragte für Prenzlauer Berg

Schwedter Straße 263, ☎ 44 36 36 30

## Planungsgruppe WERKSTADT

Sanierungsbeauftragte für Weißensee  
☎ 29 47 747

10245 Berlin,  
Boxhagener Straße 16

## Büro für Stadterneuerung

Sanierungsbeauftragter für Pankow

☎ 85 75 77 10  
10555 Berlin,  
Alt-Moabit 73

## Bezirksamt Pankow

Sanierungsverwaltungsstelle

10407 Berlin, Storkower Straße 97

☎ 90 295 35 68 (Prenzlauer Berg)

☎ 90 295 35 81 (Pankow)

☎ 90 295 35 57 (Weißensee)

## Betroffenen- vertretungen

Helmholtzplatz/Prenzlauer Berg

Dunckerstraße 14  
Mieterberatung Dienstag 18 Uhr,  
ab 19 Uhr BV-Treffen;  
e-mail: bv.helmi@gmx.de

Teutoburger Platz/Prenzlauer Berg

Templiner Straße 17  
Mittwochs 18 bis 20 Uhr BV-Treffen

Bötzowstraße/Prenzlauer Berg

Käthe-Niederkirchner-Straße 12  
☎ 4 25 11 00

1. und 3. Montag 19.30 Uhr BV-Treffen;  
Mietrechtsberatung mit Anwalt:  
jeden 1. und 3. Dienstag 18 bis 19 Uhr

Wollankstraße/Pankow

Florastraße 74; ☎ 43 72 47 25

1. Mittwoch im Monat 18 Uhr BV-Treffen  
Sprechzeit mittwochs 17 bis 19 Uhr



© Tobias Schietzelt

Kurz vor Ferienbeginn am 29. Juni legte die Pankower Immobilienstadträtin Christine Keil (2. v. r.) den Grundstein für einen Erweiterungsbau der Heinz-Brandt-Oberschule in Weißensee. Der Neubau direkt an der Ecke Langhansstraße/Roelckestraße kostet 3,6 Millionen EUR und wird aus dem Konjunkturprogramm II finanziert. Er wird vier Klassen- und zwei Fachräume, die Bibliothek, einen Musikraum, den Speisesaal nebst Küche sowie Sanitäranlagen beherbergen. Die bisherige Hauptschule mit 300 Schülern wird ab Schuljahresbeginn zur Sekundarschule im Ganztagsbetrieb mit einer Kapazität von 430 Schülern. Die Bauarbeiten sollen im Herbst 2011 abgeschlossen sein.

Impressum

Vor Ort wird herausgegeben von der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Gesellschaft für Sozialplanung mbH Redaktion und V.i.S.d.P.  
Hartmut Seefeld, ☎ 90 295 62 28  
e-mail seefeld@vorort-redaktion.de  
Albrecht Molle, ☎ 90 295 62 29  
Fax 90 295 62 30; Fröbelstraße 17, 10405 Berlin  
Gestaltung Hartmut Seefeld  
Titelfoto Alexej Brykowski  
Vertrieb Agentur Meinicke  
Druck MediaService GmbH  
Redaktionsschluss: 30. Juli 2010



©Alexej Brykowski